

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

22.3.1919 (No. 70)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur: E. K. M. u. D., Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4 A 75 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4 A 92 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Leerungszuschlag. Boden nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen anderer Verleger hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verdrängt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unersollene Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Vom Völkerbund.

Die Agence Havas berichtet aus Paris: Das Komitee der Kommission für den Völkerbund, das aus Lord Robert Cecil, Oberst House, Gundersman, Léon Bourgeois, Venizelos und Vesnitch besteht, hielt am Donnerstag nachmittags eine Tagung ab, an der die Vertreter der während des Krieges neutralgebliebenen Staaten teilnahmen. Die neutralen Delegierten überbrachten die Zustimmung ihrer Regierungen zum Völkerbundsprojekt.

Man begann mit der Prüfung des am 14. Februar von der Friedenskonferenz angenommenen Entwurfes. Eine eigentliche Diskussion fand nicht statt. Nach diesem Artikel brachten die neutralen Vertreter ihre Zusatzeinträge vor. In erster Linie wurde eine Vermehrung der Vertreter der kleinen Staaten im Vollzugsrat der Liga beantragt. Mit Bezug hierauf erklärte Lord Robert Cecil, daß wenn die Vertreter der Großmächte auf sieben erhöht werden, die Zahl der Vertreter der kleinen Staaten auf sechs hinaufgehoben werden könnte.

Artikel 8 betraut nur den Vollzugsrat, jeder Regierung eine vernünftige Festsetzung ihrer militärischen Rüstungen zur Prüfung zu unterbreiten. So haben sich also auch die neutralen Staaten im Sinne des von Léon Bourgeois im Namen Frankreichs eingebrachten Vermittlungsentwurfes, das darauf abzielt, die Rüstungen der einzelnen Staaten zu kontrollieren, ausgesprochen.

Schließlich äußerten die neutralen Vertreter den Wunsch, daß internationale Konflikte vor eine besondere Vermittlungskommission zu bringen seien, worauf Cecil und Bourgeois erklärten, daß man nach langem Studium dieses Problems und bei genauer Kenntnis der Sachlage zu der im Artikel 12 projektierten Lösung gelangt sei. Die angeregten Änderungen wurden von dem Komitee wohlwollend aufgenommen. Die neutralen Vertreter zeigten sich in jeder Beziehung sehr befriedigt.

Erpressung auch des letzten Pfennigs.

Aber die Kriegsschadigungen erfährt Neuter von autoritativer Seite aus Paris, daß bisher nur darüber eine Einigung erzielt wurde, daß Deutschland jeden Pfennig bezahlen müsse, den es ausbringen könne, daß es aber nicht nähernd alles bezahlen könne. Zur Frage, innerhalb welcher Zeit die Entschädigung gezahlt werden würde oder könnte, seien einige Sachverständige für 30, andere für 50 Jahre gewesen. Alle Sachverständigen seien der Meinung, daß man eine wirkliche befriedigende Entschädigung nur von einem blühenden Deutschland erwarten könne.

Die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe.

In der gestrigen Versammlung des Seemannsbundes in Hamburg erklärte sich die Mehrheit der Versammlung durch Zuruf zur Ausfahrt bereit. Es wurde darauf eine geheime Abstimmung vorgenommen, in der mit 1700 gegen 800 Stimmen beschlossen wurde, auszufahren. Die Schiffe werden heute und in den nächsten Tagen in See gehen.

Fortdauer der Blockade über Deutschland.

Aus London wird H. W. L. V. gemeldet, daß der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Cecil Harmsworth, im Unterhause erklärte, die gegenwärtige Blockade könnte nur im Einvernehmen mit den Alliierten und den Vereinigten Staaten aufgehoben werden. Die alliierten Regierungen seien aber der Ansicht, daß es notwendig sei, die Blockade beizubehalten, weil Deutschland auf diese Weise leichter dazu gezwungen werden könnte, die Friedensbedingungen anzunehmen und durchzuführen.

Der Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Laut „Matin“ hat sich der Pariser Oberste Kriegsrat am 20. ds. Mts. mit dem Abbruch der Posener Verhandlungen beschäftigt und Maßnahmen ins Auge gefaßt, die einen Druck auf die Deutschen ausüben sollen, damit die Feindseligkeiten an der Posener Front eingestellt werden.

Neuer Umsturz in Ungarn?

Wilde Gerüchte über einen neuen Umsturz in Ungarn gelangen in den Berliner Morgenblättern zur Wiedergabe. Seit gestern nachmittags befindet sich Ungarn wieder im Kriegszustand mit der Entente. Die ganze Regierung habe demissioniert, um einem sozialistisch-kommunistischen Kabinett Platz zu machen.

Ein anderes Gerücht will wissen, daß eine große bolschewistische Armee, in deren Reihen sich viele ungarische Kriegsgefangene befänden, auf dem Komarscher gegen Ungarn sei. Sowjettruppen seien schon in Tarnopol eingetroffen. Die Zeitungen in Budapest seien nicht erschienen, da der Seekrieg fortdauert, der einen politischen Charakter trage. Beschäftigt konnten all diese Meldungen noch nicht werden, da keine telephonischen Anschlüsse mit Budapest zu bekommen waren.

* Vom Tage.

(Die militärischen Bedingungen der Entente. Festes Auftreten Deutschlands.)

Der oberste interalliierte Kriegsrat hat sich nunmehr über die wichtigsten militärischen und maritimen Bedingungen, die uns im Vorfriedensvertrag auferlegt werden sollen, geeinigt. Diese Bedingungen bedeuten nichts anderes, als die Entwaffnung Deutschlands. Die zukünftige deutsche Armee soll lediglich noch aus 100 000 Mann (Offiziere, Soldaten und Personal) bestehen. Schwere Artillerie sollen wir überhaupt nicht mehr besitzen dürfen, und ebensowenig dürfen wir ein erhebliches Lager an Waffenvorräten haben! Die deutsche Flotte soll sich in Zukunft aus 6 Panzerschiffen, 6 leichten Kreuzern, 11 Torpedobootzerstörern und 12 Torpedobooten zusammensetzen. Das Personal der deutschen Marine einschließlich der Offiziere darf die Zahl 15 000 nicht übersteigen.

Man hat dieser Tage in Zeitungen, die dem Präsidenten Wilson nahestehen, betont, daß man die Bedingungen des Vorfriedensvertrages nicht so tragisch zu nehmen brauche, da der Völkerbundsvertrag, der zusammen mit dem Friedensvertrag zustande kommen soll, ganz von selbst eine Milderung aller dieser Bedingungen in sich schließen werde. Wenn dieser Trost einen Sinn haben soll, so kann er doch nur dahin verstanden werden, daß der Völkerbundsvertrag eben allen Völkern eine Abrüstung auferlegen wird, die der Entwaffnung oder Abrüstung Deutschlands im Verhältnis entspricht. Sollte diese Voraussetzung zutreffen, dann würden wir uns mit den eben erwähnten Bedingungen abfinden können.

Diese Voraussetzung müßte aber auch bestehen in Bezug auf die Seestreitkräfte. Von neutraler Seite ist bereits darauf hingewiesen worden, daß, wenn das ganze Festland militärisch abrüstete, auch England zur See abzurüsten müsse, da sonst das Festland dem Machtgebot des seegewaltigen Britannien ausgeliefert sei. Über diese Frage schweben zur Zeit noch Verhandlungen zwischen England und Amerika. Amerika hat mit aller nur wünschenswerten Entschiedenheit zu erkennen gegeben, daß es für den Fall, daß England seine starke Flotte beibehalte, selber sich eine Rüstung zur See zulegen werde, die jederzeit genügen müsse, um England im Schach zu halten.

Im übrigen will es uns so scheinen, als ob es gar nicht möglich ist, die Stärke des deutschen Meeres selbstverständlich muß es gelten, daß eine derartige Festlegung überhaupt erst praktisch in Frage kommen kann, wenn die ganze Welt tatsächlich Frieden hat. Ob aber der Friedensvertrag sofort oder doch in kurzer Zeit den Zustand des Friedens in allen Ländern der Welt wieder herstellt, darf doch als recht zweifelhaft gelten. In Betracht kommt ferner die Möglichkeit innerer Unruhen. Wenn die Regierungen auch künftighin mit Unruhen wie sie sich in der letzten Zeit in Deutschland gezeigt haben, rechnen müßten, dann wäre eine Heeresmacht von 100 000 Mann auch nicht im entferntesten stark genug, um die Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten und gleichzeitig die Grenzen vor räuberischen Einfällen zu schützen.

Solche räuberischen Einfälle gehören aber seit Monaten zur Tagesordnung. Und wir verdanken es nur der Entschiedenheit unseres Auftretens in den letzten Wochen und der wachsenden Belebung unser militärischen Widerstandskraft, daß im Osten nicht noch schlimmeres eingetreten ist, als es tatsächlich geschehen ist. Wir befürchten, daß der polnische und der tschechoslowakische Staat sehr gefährliche Nachbarn für Deutschland sein und bleiben werden. Erreichen kann man gegenüber diesen Völkern nur etwas durch tatkräftiges, bis zum Äußersten entschlossenes Auftreten.

An dieser Entschlossenheit scheint es ja unserer Reichsregierung erfreulicherweise nicht zu fehlen. Sie hat sich mannhaft gewehrt gegen die Zumutungen bei den Unterhandlungen über die Lebensmittelversorgung in Spa, und sie hat damit zweifellos Erfolg gehabt. Sie wehrt sich auch heute mit aller Energie und mit jenem Mut, den ein gutes Gewissen zu verleihen vermag, gegen die Bergewaltigungs- und Eroberungsabsichten im

Osten wie im Westen. Klipp und klar hat sie betont, daß sich in Deutschland keine Regierung finden lassen werde, die einen Frieden der Vernichtung, der Bergewaltigung und der Verflabung unterschreibe.

Diese Entschlossenheit hat offenbar gute Früchte gezeitigt. Wie man aus der Ententepresse entnehmen darf, ist Wilson seit seiner Rückkunft nach Paris sehr energisch für seine Ideen der Völkerberedung eingetreten, und es soll ihm gelungen sein, sich mit Lloyd George zu einigen, sodas die französische Regierung isoliert dastehet. Auch der Entwurf des Völkerbundsvertrages, der soviel böses Blut erregt hat, soll revidiert und unter Anbührung der Vorschläge der neutralen Staaten umgearbeitet werden. Laut einer Meldung der „Morning Post“ sollen auch bereits die Anordnungen für die Landung polnischer Truppen in Danzig zurückgenommen sein. Dasselbe Blatt erfährt aus Paris, daß Amerika und Italien ihre Entscheidung über die Abgrenzung Polens gegen Deutschland von der Zustimmung Deutschlands abhängig machen wollen. Wir würden eine solche Politik der Mäßigung freudig und dankbar begrüßen können. Daß eine solche Politik notwendig ist, beweist die Wolffmeldung aus Berlin, daß die deutsche Bevölkerung in Westpreußen entschlossen ist, im Falle einer Annexion Westpreußens durch Polen bewaffneten Widerstand zu leisten. A.

Badische Verfassungsfeier.

Der 21. März 1919 wird für immer zu den denkwürdigsten Daten der badischen Geschichte zählen als der Tag, an dem die Nationalversammlung durch die einstimmige Annahme des Verfassungsentwurfes das große Werk vollendete, das die neuerrungenen Freiheiten des Volkes sichert und die neue staatsrechtliche Gestalt Baden festlegt. Um dem bedeutungsvollen Ereignis auch die entsprechende künstlerisch-festliche Weihe zu geben, veranstaltete die Vorläufige Volksregierung gestern abend auf Anregung des Kunst- und Kulturrats für Baden eine Feier im Karlsruher städtischen Konzerthaus, die einen höchst eindrucksvollen, des bedeutungsvollen Anlasses würdigen Verlauf nahm. Außer dem Ministerpräsidenten Geiß u. den Ministern Haas, Marum, Marzloff, Müdert, Stadinger und Wirth waren die Mitglieder der Nationalversammlung und Vertreter der badischen Gemeinden und aller Berufsklassen des Landes dazu erschienen. Naturgemäß konnte der Kreis der Gäste aus räumlichen Gründen nicht allzuweit gezogen werden; es ist daher eine Wiederholung der Veranstaltung in Aussicht genommen.

Händels ausdrucksvolles Vorspiel zum „Alexanderfest“, vom Orchester des Landestheaters unter der Leitung des Operndirektors Cortolegis mit großer klanglicher Akkuratheit vorgetragen, eröffnete das Programm. Dann betrat der Vorsitzende der Nationalversammlung, Abg. Kopf die mit grünen Blattschmuck einfach, aber reichsadornend dekorierte Bühne, um in kurzen Worten die Bedeutung des Verfassungswerkes zu würdigen und den Mitgliedern der Vorläufigen Volksregierung den Dank der Nationalversammlung und des Volkes dafür auszusprechen, daß sie in den Tagen des Umsturzes das Steuer der Staatschiffes übernommen und dieses sicher durch alle Fährlichkeiten lenkten. Es betonte den Willen des badischen Volkes, unter treuem Festhalten am Reich den Einzelstaat aufrecht zu erhalten und drückte die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk, dessen Kraft sich in jahrelangem Ringen als unzerstörbar erwiesen habe, sich auch den Aufgaben der Zukunft gewachsen zeigen, und sich insbesondere seiner hohen Kulturaufgaben würdig erweisen werde.

Darauf entbot Ministerpräsident Geiß den Anwesenden den Willkommengruß der Vorläufigen Volksregierung, um sodann in kurzen Worten die Ereignisse der Revolutionsstunde zu rekapitulieren und den Politikern, die sich der mühevollen Arbeit unterzogen, den Verfassungsentwurf auszuarbeiten, den Dank von Regierung und Volk auszusprechen. Die Tage der Diktatur, so bemerkte er weiter, seien nunmehr vorbei, die vorläufige Volksregierung werde mit der endgültigen Annahme des Verfassungsgesetzes ihre Aufgabe als erfüllt ansehen, und der neuzubildenden Regierung werde es dann obliegen, den Geist der Verfassung zu verwirklichen und zu pflegen zum Wohle des Volkes. Damit sie dieser Aufgabe gewachsen sei, werde es aber nötig sein, daß die Bevölkerung sich treu hinter sie stelle und mit dazu helfe, daß der Geburtstag der Verfassung noch in Jahrhunderten als ein Segenstag für Baden gepriesen werden könne. Den Ausführungen des Ministerpräsidenten sowohl wie denen des Vorredners folgte lebhafter Beifall.

Nun nahm der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Stadtrat Dietz, das Wort zur Festrede, in der er u. a. folgendes ausführte:

„Am Frühlingsanfang 1919 sind wir versammelt, die Weihe der Verfassung der neuen badischen Republik jetzt zu begeben. Schon zweimal hat der Frühling dem badischen Volke die Republik bescheert: 1848 in den März- und Apriltagen, als Feder und Strube im Oberland das schwarz-rot-goldene Banner der deutschen Republik aufpflanzten, und im Mai/Juni 1849, als in Karlsruhe die erste konstituierende Versammlung die badische Republik verkündete.“

Mit einer Beilage: 9. öffentliche Sitzung der verfassungsgebenden badischen Nationalversammlung.

Beide Male ist die Republik nach kurzer Lebensdauer der reaktionären Waffengewalt erlegen und nur die Gräber der Gefallenen und der standrechtlich Erschossenen in Rastatt, Freiburg, Mannheim zeugen von dem Kampfe, der in Badens Gauen für die neue Verfassung unseres Volkes ausgefochten worden war. — Trauernd senkte der Genius der Freiheit seine Fadel und nur den Nachruf konnte der Dichter den Gefallenen weihen:

„So schläft denn wohl im kühlen Grund,
Schlafi artig unbeweglich!
Wir können Euch den bleichen Mund,
Die starre Hand nicht pressen!
Wir können Euch zur Ehr und Bier
Mit Blumen nicht beisehren,
Doch können wir und wollen wir
Die Schwerte für Euch schärfen!“

Aber nur ein kleines Häuflein alter Demokraten und Sozialdemokraten war es bald, das im badischen Land und draußen im Vaterland das Gedächtnis der Gefallenen hoch hielt, das die Erinnerung an sie und die badische Republik wachhielt, und erst als die gewaltige Bewegung des Proletariats, die Marx und Engels im Frühjahr 1848 mit ihrem kommunistischen Manifest mit dem Schlußruf: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Ihr habt in der Revolution nichts zu verlieren als eure Ketten und alles zu gewinnen!“ — entfacht hatten, aller Bekämpfung zum Trotz sich immer weiter im deutschen arbeitenden Volk auszubreiten, als Laible und Schreiber, Bebel und Liebknecht von neuem das Banner der Revolution und der Republik entrollten, da sammelten sich wieder Hunderte und Tausende und Zehntausende schliefliche Hunderttausende um die Führer, kämpfend und harrend des Augenblicks, wo es möglich sein würde, den alleinigen Marsch der Jahre 1848/49 das Versprechen einzulösen und sie und ihre Sache der Vergangenheit zu entreißen und von neuem — diesmal endgültig — die deutsche Republik, die badische Republik ins Leben zu rufen und im Leben zu erhalten.

Und der Augenblick kam, als nach einem 4 1/2 jährigen Ningen voll nie dagewesenen Heldentums des deutschen Volkes draußen im Felde und in der Heimat im November 1918 in der Überbannung des Bogens das alte monarchistische und militaristische System zusammenbrach, nachdem es sich selber und dem heldenmütigen Volk in frevlerhafter Überhebung die unlösliche Aufgabe des Kampfes gegen die ganze Welt gestellt und darin unterlegen war. Da scholl wieder, wie einst im Jahre 1848/49 das alte Kampflied:

„Die rote Fahne laßt wehn
hoch auf den Barrikaden!
Sie flieg' voran der Volkswehr,
sie flieg' voran dem Heere!
Die Throne geh'n in Flammen auf,
die Fürsten stieh'n zum Meere!
Die Adler stieh'n, die Löwen stieh'n,
die Klauen und die Zähne,
und seine Zukunft bildet selbst
das Volk, das sowerrane!“

Und das Volk hat diesmal, dank den revolutionären Errungenschaften der Soldaten und Arbeiter, dank der Diktatur des Proletariats seine Geschicke mächtig und fest in die Hand genommen, und sich in wenigen Stunden und Tagen im ganzen deutschen Reich, und in Baden kraft eigener Machtvollkommenheit die freieste Verfassung gegeben, die jemals ein Kulturvolk befiessen — die demokratische Republik mit dem freiesten Wahlrecht für alle 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts und des Standes. Es hat die in den schweren Kampfesjahren treu bewährten Frauen, Jugendlichen und Soldaten in seine politischen Reihen als Mitarbeiter und Mitkämpfer aufgenommen und es hat durch die von ihm gewählte verfassunggebende Versammlung nunmehr auch diese Errungenschaften der Revolution in der neuen Verfassung der demokratischen Republik Baden festlegen lassen, um sie für alle Zeiten gesetzmäßig zu verankern.

Es hat aber weiter durch diese neue Verfassung sich die Möglichkeit gegeben, auch in wirtschaftlicher Hinsicht nach Befestigung der bisherigen verfassungsmäßigen Kemmenungen Ernst zu machen mit der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, Großgrundbesitz und Großkapitalismus mit ihren gewaltigen Hilfsmitteln den Zwecken der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Durch die Veranschaulichung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln der Gesamtheit des arbeitenden Volkes die materielle Basis zu schaffen, auf der eine neue und höhere Stufe nicht nur materiellen Wohlstandes, sondern kultureller, geistiger und sittlicher Wohlfahrt begründet werden kann.

Dazu bedarf es freilich einer energiegelben und entschlossenen Fortsetzung der Revolution, ihrer Überleitung vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet — einer zweiten Revolution in diesem Sinne.

Aber die Frucht der ersten Revolution, die neue Verfassung, ist das Eingangstor zu der neuen und schöneren Zukunft. Und darum schmüden wir dieses Tor mit unseren Weibekränzen, und wenn auch viele im Volk noch fieberkrank und ermattet von den Kämpfen der 4 1/2 Kriegsjahre und der 4 Revolutionsmonate, zaudernd stehen und in krankhaftem Zaumel oder ängstlicher Resignation vor der neuen Aufbauarbeit sich scheuen, und sich fragen: wird es denn gehen? dann rufen wir ihnen, froh der erkämpften und festgelegten Verfassungsgrundlage zu:

Es wird schon gehn, ruft in den Rüsten
die Lärche, die am fröhsten wach;
Es wird schon gehn, ruft in den Grästen
ein unterirdisch Wetter nach;
„Es geht“, raucht es in allen Bäumen,
Und lieblich wie Schalmeyenton:
„Es geht schon!“ Soll es in den Träumen
der fieberkranken Nation.

Und mit diesem Jubelruf:

„Es geht schon!“

grüßen wir die neue Verfassung, grüßen wir die junge badische Republik, das erste zukunftsreiche Kind des neuen deutschen Volksstaates. Die neue badische Verfassung, die neue badische Republik, das badische und das deutsche Volk, in ihrer unzerstörbaren Lebenskraft und Zukunftsreue, sie leben hoch! hoch! hoch!

Nach der mit lauter Zustimmung aufgenommenen Rede kam wiederum die Kunst zu Worte. Weisbolll und von tiefster Begeisterung getragen, durchfluteten die Klänge von Mozarts „Kantate der Menschlichkeit“, zu deren Aufführung sich die Herren Opernsänger Reugebauer und Kammerjäger Wäntner mit dem Männerchor und dem Orchester des Landestheaters zusammengetan hatten, den Raum. Herr Raschke sang die Hörer durch zwei mit poetischem Ausdruck gesprochene Dichtungen Höderlins: „Der Friede“ und „In das Volk“ (aus der Tragödie „Empedokles“) in den Mann der Gedankentiefe deutscher Dichtung. Den imponanten und erhebenden Ausklang der Feier bildete der Schlußgesang aus der 9. Sinfonie Beethovens mit Schillers Gesang an die Freude. Das unsterbliche Wunderwerk deutscher Kunst wurde unter der Har durchdrachten, befeuernden Leitung Coriolezis' von Chor, Orchester und Solisten — den Damen von Ernst und Bruntsch und den Herren Seibel und Wäntner — mit glänzender Zauberhaftigkeit und padender, in wachstümlicher Steigerung gipfeler Lebendigkeit des Ausdrucks wiedergegeben. Es dürfte wohl kaum einen sprechenderen Beweis für den tief im Herzen des Deutschen verankerten Glauben an das Gute und Ideale geben, als die Tatsache, daß dieses Hohelied der Menschenerbrüderung selbst in den Tagen höchster Not, zur selben Stunde, in der raubgierige feindliche Übermacht uns für immer zu vernichten droht, das tausendföpfige Publikum mit Andacht und Begeisterung zu erfüllen vermochte! So fand die wohlgelungene Feier auch einen Ausklang, wie er nicht wuchtiger und wirkungsvoller gedacht werden kann. Mit besonderer Verliebung darf auch der Kunst- und Kulturrat für Baden, dem das Zustandekommen der Feier einschließlich des Programmabwirts und der gesamten organisatorischen Vorbereitung zu verdanken war, auf diesen Abend zurückblicken.

Politische Uebersicht.

Warum der Kaiser nach Holland ging.

Aus dem Großen Hauptquartier erhielt das W.L.W. dieser Tage folgende Mitteilung:

Kolberg, den 17. März.

Die öffentliche Meinung hat sich in letzter Zeit wieder mehr mit der Frage: Warum der Kaiser nach Holland ging, beschäftigt. Um einer falschen Beurteilung vorzubeugen, bemerke ich zur Sache folgendes:

Als der Reichskanzler Prinz Mar von Baden am 9. November 1918 die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers und Königs ohne dessen vorherige Einverständniserklärung veröffentlichte, war das deutsche Volk nicht geschlagen, aber seine Kräfte schwanden dahin, während der Feind große Massen zu weiteren Angriffen bereitstellte. Der Abbruch des Waffenstillstandes stand unmittelbar bevor. In diesem Augenblick höchster militärischer Spannung brach in Deutschland die Revolution aus. Die russischen bewährtesten sich im Rücken des Heeres der Rheinbrücken, wichtiger Magazine und Verkehrswege. Ferner wurden die Zufuhren von Munition und Verpflegung verweigert, während die Bestände der Truppen nur noch für wenige Tage ausreichten. Die Befehls- und Geleitgruppen lösten sich auf. Auch über die Zuverlässigkeit der einzelnen Feldheere liefen ungünstige Meldungen ein,

Angefecht dieser Lage war eine friedliche Rückkehr des Kaisers in die Heimat nicht mehr denkbar. Sie konnte nur noch an der Spitze treuer Truppen erzwungen werden. Der Zusammenbruch Deutschlands war dann unvermeidlich. Gätten sich doch zu den Angriffen mit dem zweifellos nachdrängenden äußeren Feind der Bürgerkrieg gefeilt.

Der Kaiser konnte sich ferner zur sechsten Truppe begeben, um an deren Spitze im letzten Angriff den Tod zu suchen. Auch dadurch wäre der vom Volk heißersehnte Waffenstillstand hinausgeschoben und das Leben vieler Soldaten nutzlos geopfert worden. Der Kaiser konnte endlich ins Ausland gehen. Er wählte diesen Weg im Einverständnis mit seinen Ratgebern nach unendlich schweren seelischen Kämpfen, lediglich in der Hoffnung, dadurch dem Vaterland die Treue zu wahren, Deutschland weitere Verluste Rot und Glend zu ersparen und ihm Friede, Ruhe und Ordnung zurückzugeben. Daß der Kaiser sich in diesem Glauben geirrt hat, ist nicht die Schuld Seiner Majestät. g. v. Einbenburg.

Nach einer Meldung des W.L.W. aus Baden-Baden gab Prinz Mar von Baden zu der Veröffentlichung des Generalfeldmarschalls von Einbenburg folgende Erklärung ab:

„Ich nehme an, daß der Generalfeldmarschall über bestimmte Vorgänge nicht unterrichtet worden ist, welche die Bekanntmachung vom 9. Nov.: „Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen“, veranlaßten und rechtskräftigen. Ich werde die erforderliche Aufklärung veröffentlichen, sobald der Friede geschlossen ist, vorher nicht. Denn die Verschärfung des Parteihaders über die Vergangenheit ist in unserer heutigen Lage im Beginn, an dem ich mich nicht zu beteiligen wünsche. Dagegen würde ich es jederzeit begrüßen, wenn die Regierung eine unparteiische Instanz einsetzte, welche die Schuld an Deutschlands Zusammenbruch untersucht und vor der alle Personen, die während des Krieges in verantwortlicher Stellung waren, zu Worte kommen.“

Prinz Mar von Baden.

Aufhebung der Blockade über Oesterreich-Ungarn.

* Das Wiener Korr.-Büro teilt mit: Das Staatsamt für Äuheres erhielt von der italienischen Waffenstillstandskommission die Mitteilung, daß die in Paris vereinigten Mächte einstimmig die Aufhebung der Blockade über das ehemalige Oesterreich-Ungarn beschlossen habe. Die praktische Tragweite der Aufhebung der Blockade könne augenblicklich, da genauere Mitteilungen noch nicht vorliegen, nicht beurteilt werden, doch dürfte sich daraus jedenfalls ergeben, daß Waren, die nicht als Kriegskontrollen betrachtet werden, aus neutralen Staaten bezogen werden können und daß den Schiffen neutraler Staaten das Anslauen der adriatischen Häfen gestattet ist.

Keine polnische Landung in Danzig.

* Die Londoner „Morningpost“ meldet lt. B. P. aus Paris, daß die Anordnungen für die Landung polnischer Entente-Truppen in Danzig vorläufig zurückgenommen wurden.

Die Ukraine in den Händen der Bolschewisten.

* Neuter erfährt, daß gestern früh in London noch kein amtlicher Bericht von der Räumung Odesas vorlag und ferner, daß die Bolschewisten Cherson und Nikolajew nach schweren Kämpfen mit den französischen Truppen besetzten, die die Städte schließlich aufgeben mußten und nach Odesa gebracht wurden. Die zurückgelassene deutsche Besatzung leistete anscheinend keinen Widerstand. Die ganze Ukraine ist jetzt in den Händen der Bolschewisten.

Badischer Teil.

* Es ist bekannt geworden, daß den Elsaß-Lothringern in Deutschland da und dort jede Erlangung einer Beschäftigung unmöglich gemacht wird mit der Begründung, sie seien Ausländer und Ausländer sollten deutschen Arbeitern nicht das Brot wegnehmen. Abgesehen davon, daß Elsaß-Lothringen zurzeit noch zum Deutschen Reich gehört, werden durch eine derartige Behandlung zahlreiche Elsaß-Lothringer zur Abwanderung aus Deutschland nach dem Elsaß und nach Frankreich gezwungen. Dadurch gehen unserer Volkswirtschaft wertvolle Kräfte verloren. Auch vom politischen

In Baden — auf Wanderwegen.

I.

Staatsaufbau, Verfassungsschmerzen, Ernährungsprobleme, Ententeunehelungen, Deutschland zusammengebrochen, militärisch, politisch, wirtschaftlich od. moralisch. Wer sieht und hört nicht gerne dazwischen etwas anderes? — Nehmen wir diesmal eine Fahrkarte nach Heidelberg. Von dem Bahnhof lenken wir die Schritte der Hauptstraße zu, aber auch da in dem bunten Menschengewoge hat fast jeder sein Pächchen, und wenn es selbst ein Hamsterpächchen ist; auch da hat jeder seine Sorgen, sichtbar dem, der in den Gesichtern zu lesen versteht. Aber halt, da steht doch einer, der alle überragt: Wisnara d, fest und entschlossen; zwar mußte er ebenfalls erfahren, daß die Welt das Strahlende zu schwarzem lieb und das Erhabene in den Staub zu ziehen; und doch ging er unbeirrt seinen Weg. Warum wohl? Weil er erkannt hat, daß sich kein Gefühl an Wärme, Schönheit und Geborgenheit vergleichen läßt mit den Empfindungen, welche angefaßt werden durch die reinen, kristallklaren Gedanken, welche sich auf das Erdie, auf das Hohe beziehen; so hat er als echter Deutscher sein Denken ganz in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Was könnte uns solch ein Geistesmenschen nützen! Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt! soll auch in diesen Zeiten bitterer Not unser Wahlspruch sein. Lebendige Kraft brauchen wir, wie bei der neuen Würde der A d a r sie uns zeigt; und zufriedene Menschen, wie sie in den kleinen, sauberen, durch Ordnung herbevorstehenden Fischerhäusern am jenseitigen Ufer sind.

Bei den ersten Schritten des Philosophenweges begrüßt uns der Lenz, erfreut uns der Sonnenstrahlen. Kommet her, ruft er, ihr Weentgen — Herzbedrängten. Und Goethes Wort gemahnt uns:

„Im Grenzlosen sich zu finden,
Da löst sich aller Überdruß.“

Aber der Meister fügt wohlweislich hinzu:

„Sich aufzugeben, ist Genuß.“

Man muß sich in die Natur hineinsehen wollen, mit ihr fühlen, dann wird man Mensch und hält die richtige Zwiesprache mit der Natur, der ewig schönen, ewig jungen. Sie

schafft, ohne viel Aufsehen zu machen, aber „ohne Unterlaß“ und gibt uns in dem Erreichten, in dem Erreichbaren ein leuchtendes Vorbild. Bei ihr und in ihr wird die Seele erst: Seele der Welt, nicht im Kleinlichen, sondern sie läßt uns kommen zu den Geheimnissen einer Welt, die uns in Harmonie mit dem Unendlichen gar vieles zu geben hat.

Wenden wir uns auf aus dem Wäldchen der jungen Wälder und Apfelsobäume, hinter der Philosophenhöhe, so begegnen wir, warum Scheffel sein Heidelberg ins Herz geschrieben war, „gleich einer Frau“. — Welch ein Kontrast in dem Bild: Da humpelt ein Kriegsbeschädigter mit einem Holzeim, — hinter dem Ohnmachtum liegt drunten die Festhalle, die im Striege als Aquarell gebildet hat. Bei dem Radiologischen Institut trippelte ein „Nädgenerziehungsheim“, die einen lächelnd, die anderen hadernd, die einen mit wallendem Haar, die anderen wie Damen aufgeputzt, und trauerernt zum Schluß die Vorsteherin; ob sie wohl auch liebe Angehörige im Felde hat opfern müssen? Die Jugend soll uns besonders heilig sein, für sie fragen wir nun ja unser furchtbares Verhängnis, auf daß sie reife, tüchtig, willig und zah werde, aufrecht und voll Vertrauen, wie es des deutschen Volkes würdig ist. Sie muß geschützt werden, daß nicht mehr bolschewistisches Gift einst in dem Blut fieber, sondern nationales Empfinden.

Die „Radarkub“, der Schlepper, der von Mannheim bis Heidelberg sich an der Reite hinauffährt, läßt durch sein eintöniges Getöse den Wind wieder herunterschweben. Ist der Rückblick nach der Rohrbacher Seite schon interessant, so bietet jetzt Alt-Heidelberg, das „eine, die Stadt an Ehren reich“ seinen ganzen Reiz auf: Die Häuser zusammengedrängten, als ob keine Straße sie durchgöge, der Markt mit seinen runden Gebäuden, das plumpe Kornhaus, die Kirchen: St. Anna-Kirche, Providenzkirche, St. Peters-Kirche, Jesuitenkirche, Heilig-Geist-Kirche, die Alte gewölbte Brücke mit ihrem massiven Sandsteinbogen und dem Doppelturmtor und mehr im Geiste wie „in natura“ erblickten wir den „Mitter“, eines der wenigen Häuser, die bei der Zerstörung Heidelberg (1693) verschont blieben, und den Triumphbogen des Kurfürsten Karl Theodor: das ferne Karlstor. Das gibt es zu sehen, bis wir am Phillotheplatz angelangt sind. Elisabeth Char-

lotte, der Prinzessin bei Rheine, Herzogin von Orleans, geboren am 27. Mai 1652 zu Heidelberg, gestorben am 8. Dezember 1722 zu St. Cloud, ist er gemindert. Blotete war zwar ein verbes, oft heftiges Weien, aber gesund und einfach und von echt deutscher Geminnung. Ihre Wahrhaftigkeit verpönte alles glänzende Scheitelreizen und war dem französischen Hofleben abhold. Von dem Phillotheplatz hat man das Schloss in seiner ganzen Herrlichkeit vor sich mit dem Diden Turm, dem Goplen-Faß-Gebäude, dem Friedrichsbaum, Saalbau und dem adelichen Glodenturm. Ruinen aus dem Dreißigjährigen Krieg, Zeugen der barbarischen Kriegführung Ludwigs XIV. Und links darüber die Wolkenkumtur, wo einst das alte Schloss der Potentatenszeit war. Wie sich die Ruinen des Geißberges, des Königtums mit Turm und der Sternwarte, des Auerhahnlopfes von dem tiefenlauen Himmel abheben. Wie wir von dem Untergang der Antike sprechen, so wird man später auf den Untergang der Moderne zurückblicken. Für uns aber gilt es, daß wir nicht mit untergehen wie jene, sondern aus den Trümmern der Moderne die neue Zeit mitschaffen helfen. Doch welche herrlicher Blick fesselt uns im Weitergehen: Die Wälden sind es bei Schlierbad, hinter Bartholomae, die von Ravenstein, von Schmeil und wie sie alle heißen.

Im Wiefengrunde gelangen wir zur Hirschgasse, als Paultplatz der Studenten bekannt, und zum Engeren, dem Scheffelhaus, mit lieben Erinnerungen an unseren großen badischen Dichter. Schon vor dem Heruntergehen beobachteten wir, wie die scheidende Sonne sich in den Fenstern spiegelt, daß man erlaucht hindrückt in der Annahme, es brenne in verschiedenen der Häuser. Jetzt scheidet die Sonne. Ad, Sonne, was haben wir dir doch zu danken! „In Gold und Purpur tief verhüllt, willst du mit deiner Leuchte scheiden?“ Doch du hast unser Herz mit Lust entzündet, und wenn du unseren Wälden entzünd bist, so wissen wir doch, daß du bald wieder die auch wieder ein friedlicheres Deutschland treu beschirmt. In dieser Zuerüstung wollen wir unser Teil an der Entwidlung unjeres lieben Vaterlandes mitwirken. Ihr versprecht mir's doch! Wenn ihr aber nach Heidelberg kommt, vergeßt mir nicht den Phillotheplatz. Adolf Eugenbad.

Standpunkt aus muß eine derartige Behandlung der Esch-Löhringer im übrigen Deutschland auf das schärfste mißbilligt werden; man kann von derart behandelten Leuten nicht erwarten, daß sie dem Deutschtum erhalten bleiben.

** Pakete (ohne schriftliche Mitteilungen) mit Apothekerwaren, sowie Runkelrüben- und Gemüsepflanzen sind von jetzt ab nach der britischen Besatzungszone zugelassen. Auf den Paketen und Paketarten ist der Inhalt anzugeben.

** Die Umkreisung der von der Stadt Fillingen ausgegebenen Notgeldscheine zu 5 M. und 10 M. ist bis zum 1. April 1919 verlängert worden.

** Die Gemeinde Neiflingen (Amt Bonndorf) hat in dankenswerter Weise aus eigenem Entschluß den Angehörigen der Freiwilligen der Bad. Bataillone aus der Gemeindefasse einen täglichen Zuschuß von 5 M. bewilligt. Dieses Beispiel veranlaßt vielleicht auch andere Gemeinden die Meldungen von Freiwilligen in irgend einer Form von sich aus zu fördern.

** In einer hiesigen Tageszeitung erschien folgendes Gefühl: „Landwirtschaft in Argentinien“. Verwaltung von Estancia im Weizengebiet Argentinien, gegenwärtig in Deutschland, sucht Teilnehmer zur Gründung einer Kolonie. Landwirte und andere arbeitsfreie Leute mit 3 bis 5000 M. Einlagen erhalten nähere Mitteilungen.

Nach eingezogener Erfundigung ist für die Erwerbung eines Koloniallozes angegebene Betrag von 3 bis 5000 M. schon im Hinblick auf den Stand der deutschen Währungs- und die Kosten der Überfahrt nach Argentinien sehr niedrig gegriffen und Vorsicht am Platze. Es wird daher allen Auswanderungslustigen dringend empfohlen, sich, bevor sie sich zur Auswanderung entschließen, an die Reichswanderungsstelle in Berlin W 30 Victoria-Platz 8, mit dem Ersuchen um Auskunft über die Verhältnisse des Auswanderungszieles zu wenden.

** Nach § 9 der Verordnung des Reichsfinanzers vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt 1917 Seite 20) bedarf, wer im Deutschen Reich Großhandel mit Gemüse, Obst und Süßfrüchten betreiben will, außer der für den Handel mit Lebens- und Futtermitteln durch Verordnung des Reichsfinanzers vom 24. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt 1916 Seite 581) allgemein vorgeschriebenen, vom Bezirksamt zu erteilenden Handels Erlaubnis noch der besonderen Genehmigung der Badischen Gemüse- und Obstverwaltung. Diese Genehmigung soll in der Regel nur solchen Personen erteilt werden, die den Großhandel mit Gemüse, Obst und Süßfrüchten bereits vor dem 1. August 1914 im Deutschen Reich mit erheblichem Umsatz betrieben haben und zu dieser Zeit eine gewerbliche Niederlassung in Deutschland hatten; sie wird durch Ausstellung eines Genehmigungsscheines erteilt und ist gegebenen Falles widerruflich.

Großhandel im Sinne der Verordnung liegt vor, wenn der Verkauf nicht ausschließlich direkt an den Verbraucher, sondern auch in größerem Umfang an Wiederverkäufer (Groß- und Kleinhändler) stattfindet.

Zum Großhandel in diesem Sinn gehört insbesondere auch die Einfuhr von Obst, Süßfrüchten und Gemüse aus dem Ausland, wenn und soweit es sich dabei um den Bezug größerer Mengen handelt, die ganz oder teilweise an Wiederverkäufer abgesetzt werden. Die Einfuhr dieser Waren kann deshalb nur solchen Personen oder Firmen gestattet werden, die sich im Besitze der Großhandels-genehmigung befinden; Gesuche um Erteilung derselben sind beim Kommunalverband des Wohnortes einzureichen, der dieselben nach zuständiger Behandlung an die Badische Gemüse- und Obstverwaltung weiterleitet.

* Badische Rundschau.

Die Milchversorgung der Städte hat sich in der letzten Zeit nicht zum geringsten Teil infolge der vielen Schwarzschlächtungen und des Schleichhandels, in katastrophaler Weise verschlechtert. Im einem Teil der bei der Milchlieferung Beteiligten die Schwierigkeiten vor Augen zu führen, mit denen die Städte zu kämpfen haben, ist das badische Milchamt in Karlsruhe auf einen glücklichen Gedanken gekommen. Es hat die Milchsammler aus sämtlichen Lieferungs-gemeinden der Stadt zu einer Zusammenkunft in Karlsruhe eingeladen, bei der zunächst die Einrichtungen des Milchamtes besichtigt wurden. Daran schloß sich eine Versammlung an, bei der verschiedene Vorträge gehalten, die Erfahrungen in der Milchversorgung der Städte ausgetauscht und manche wertvolle Anregungen gegeben wurden. Die Teilnehmer erhielten Einblick in die sich fortgesetzt verschlimmernden Verhältnisse in den Städten, insbesondere den bedenklichen Milchmangel, unter dem vor allem die Kinder und Frauen zu leiden haben. Bekanntlich könnte die Versorgung in der Stadt wesentlich besser sein, wenn die Landbevölkerung ihre Lieferungs-pflicht gegenüber den Städten besser erfüllen und den Schleichhandel weniger begünstigen würde. Die Gäste wurden dringend gebeten, zu Hause ihren Einfluß geltend zu machen, damit das Land seiner Lieferungs-pflicht besser nachkomme und die schon gefährdete Milchversorgung der Kinder eine Besserung erfahre. Von sachmännischer Seite wurde die Zusammenfassung und Behandlung der Milch besprochen und insbesondere die äußerste Reinlichkeit während des Melkens empfohlen. Die Darlegungen machten die Teilnehmer großen Eindruck, so daß sie durch ihren Vertrauens-mann das Versprechen abgaben, alles tun zu wollen, um die Stadt reichlich mit Milch zu versorgen. Wir glauben, daß das Vorgehen des Karlsruher Milchamtes wertvolle Fingerzeige bietet und auch in anderen Städten Nachahmung verdient. Dabei würden wir empfehlen, noch einen Schritt weiter zu gehen und nicht nur die Milchsammler sondern auch Vertreter der Milchlieferanten zu einer derartigen Zusammenkunft zu bitten. Wir sind überzeugt, daß ein Gang durch unsere Schulen oder durch die überbevölkerten Stadtwiertel, in denen die hungerigen Augen und die schmalen Wangen unserer Kinder eine so deutliche Sprache reden, manchen Teilnehmer um eifrigen Kampf für das Prinzip der reißlosen Ablieferung machen würde!

Einen bemerkenswerten Einblick in die wachsende finanzielle Belastung der städtischen Gemeinden gewährt die hohen veröffentlichten Vorschläge über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen in Mannheim für das Jahr 1919. Danach beträgt die veranschlagte Gesamtausgabe für dieses Jahr 61 241 598 M. gegen 43 326 321 M. im Jahr 1918 und 28 858 223 M. im Jahr 1914. Das Anschwellen der Ausgaben von 1918 auf 1919 ist also ein ganz ungeheures; es fehlt nicht viel, so erreichte der Mehraufwand den ganzen Betrag der für 1914 vorgesehene Ausgaben. Die Oberbürgermeister Krüger in einem der Vorschläge beigegebenen Vortragsheft, feigt, trotz der im Jahre 1917 so freudig begrüßten und ergiebig scheinenden Verbesserung der Bezüge der Beamten und Arbeiter, der Personalaufwand durch Feuerungs-zulagen für 1919 sowie infolge der Tarifverträge und der Einführung der 8 stündigen Arbeitszeit allein nahezu um 8 Millionen Mark. Auch die Kohlenpreise erfordern abermals Millionen; als neue ungeahnte Last tritt der Gemeinanteil (von 1/4) an den Kosten der reichsrechtlichen Erwerbslospfürsorge auf, für den 5 Millionen Mark eingestellt sind. Selbstverständlich bedingen die erhöhten Ausgaben auch eine Erhöhung der Steuererträge und zwar von 45 Pf. für 100 M. Steuerwert des Betriebsvermögens auf 50 Pf., von 16 Pf. von 100 M. Steuerwert des Kapitalvermögens auf 25 Pf., von 90 Proz. der Einkommensteuererträge auf 150 Proz. Die Erhöhung ist eine sehr empfindliche. Dabei bleibt immer noch der Zweifel, ob die Ereignisse des Jahres 1919 wirklich gettastet werden, aus den neuen Zahlen annähernd das angelegte Ergebnis zu gewinnen. Jedenfalls bilden die angeführten Zahlen auch für die abern Gemeinden des Landes eine ernste Mahnung zu möglichst Zurückhaltung mit allen nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben.

Der badische Weinbau ist gegen frühere Jahren erheblich zurückgegangen. Insbesondere hat sich die Rebfläche infolge der verheerenden Wirkungen der Blattkrankheit gemindert. Immerhin zeigte das Weinjahr 1918, daß der Weinbau dem Lande beträchtliche Summen einbringt, waren doch die Erträge des letzten Jahres, wie aus einer dieser Lage abgehaltenen Generalversammlung des oberbadischen Weinbauvereins mitgeteilt wurde, auf 120 Millionen Mark zu schätzen.

Die Lage der badischen Finanzen.

Die große Rede, die der badische Finanzminister Professor Dr. Wirth im Landtag über die Lage unserer Finanzen gehalten hat, hat, was ihre Angaben im einzelnen betrifft, im Lande nicht die Beachtung gefunden, die sie verdient. Eine der wichtigsten Stellen der Rede ist die, die sich auf die Höhe und die Art der Zusammenfassung der ungedeckten Ausgaben bezieht. Der Betrag dieser im Staatsvoranschlag nicht berücksichtigten, ungedeckten Ausgaben beläuft sich auf rund 62 890 000 Mark. Das ist für unser kleines Land eine riesenhafte Summe. Wie stellt sich nun diese große Summe zusammen? Die Rede des Finanzministers, die jetzt im amtlichen Wortlaut vorliegt, gibt darüber Auskunft. Und es verlohnt sich wahrlich, die Art und Weise dieser Zusammenfassung einmal genau zu betrachten.

Da sind zunächst die Ausgaben aus Lasten des Kriegskredits (Beihilfen an die Gemeinden) in Höhe von 6 000 000 M. Diese Beihilfen könnten aber, wie der Finanzminister jagte, ebenso gut auch mit dem doppelten Betrage angesetzt werden, da es wenn das Ausland uns Lebensmittel liefert, einfach unmöglich sein wird, diese zu den hohen Preisen, die sie sicherlich kosten werden, an die minderbemittelte Bevölkerung weiterzugeben; die Staatszuschüsse zur Beschaffung billigerer Nahrungsmittel werden also ganz erheblich erhöht werden müssen. An zweiter Stelle stehen die Zuschüsse an die Zeitungsverleger und Zahlungen an die Forst- und Domänenverwaltung, sowie an die Reichsstelle für Papierholz in der Gesamthöhe von 800 000 Mark für 1918 und 1 300 000 Mark für 1919. Ferner kommen in Betracht:

für die wirtschaftliche Demobilisierung (persönlicher und sachlicher Aufwand des Ministeriums für Übergangswirtschaft 40 000 M., für den Notbau der Anatomie in Freiburg 50 000 M., Zuschuß an das Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus in Karlsruhe (Betriebszuschuß) 70 000 M., Anteil Badens an den Zuschüssen zur Verstellung von Klein- und Wohnwohnungen (Banlostenübertragung) weitere 3 000 000 M., für Mittelstandshilfe weitere 600 000 M., für Siedlungs- u. Wohnungsweesen 1 000 000 M., für die Volkswache, für Arbeiter, Soldaten- und Volksräte 20 000 000 M., Zuschlag zur Kriegszulage für Beamte, Bedienstete und Lehrer, weitere Feuerungs- und Wohnungen an zur Nähe gelebte Beamte und Hinterbliebene von Beamten und Lehrern, Erhöhung des Kriegslohnzuschlages der staatlichen, städtischen Arbeiter, alles ab 1. Dez. 1918, geschätzt zu 15 Millionen, Anteil des Staates an dem Aufwand für die Erwerbslospfürsorge, schätzungsweise für ein halbes Jahr gerechnet 10 Millionen, für als Notstandsarbeiten auszuführende, im Staatsvoranschlag noch nicht vorgesehene Bauten 2 Millionen, Beteiligung des Staates an einer unter Mitbeteiligung der Landräte zu gründenden Siedlungsgesellschaft 2 Millionen. Das gibt zusammen für das Jahr 1919 ungedeckte Ausgaben in der Höhe von 62,86 Millionen Mark.

Nichts kann die sorgenvolle Lage unserer Staatsfinanzen besser beleuchten, als diese Zusammenstellung von Ausgaben, die im Staatsvoranschlag gar nicht berücksichtigt sind, die also als Extraausgabe zu gelten haben, für die eine Deckung fehlt. Bedenkt man, daß diese Ausgaben über 60 Millionen umfassen, so kann man es allerdings bezweifeln, wenn heute alle Minister, aber auch alle einsichtigen Politiker des Landes entschlossen sind, etwaigen neuen Lohnanforderungen mit der äußersten Härte entgegenzutreten, und wenn sie ebenso fest entschlossen sind, nun endlich die Mahnung, sparsam zu sein, auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Bevölkerung aber sollte in allen ihren Schichten Verständnis haben für eine solche Politik, da eine noch größere Schuldenwirtschaft uns in kurzer Zeit völlig ruinieren muß.

Neue Interpellationen.

oc. Der demokratische Abg. Fehn hat mit Unterstützung seiner Fraktion in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung folgende Interpellation eingebracht:

„Ist der Regierung bekannt, daß in weiten Teilen des Landes eine von Jahr zu Jahr drückendere Verelendung herbeiführt und ist die Regierung bereit auf die alsbaldige Befreiung dieser Not hinzuwirken, einerseits durch Förderung eines genossenschaftlichen Zusammenflusses zum gemeinsamen Bezug elektrischer Energie, andererseits durch Einwirkung auf die in Betracht kommenden Stromlieferanten?“

Von dem Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) und Gen. ist folgende Interpellation über den Schutz der persönlichen und Gewissensfreiheit in der Nationalversammlung eingebracht worden: „Ist der Regierung bekannt, daß die zu religiösen Übungen im Gergitzenhäus Wylen Amts Lörrach versammelten

Frauen durch den dortigen Arbeiterrat gezwungen wurden, sofort Anstalt und Ort zu verlassen? Was gedenkt sie zu tun, um den bedrückten Katholiken die Rechte des Absatz 1 vom § 18 der neuen Verfassung zu sichern?“

Eine Soldatendemonstration in Emmendingen.

* Aus Emmendingen wird gemeldet: Die Mannschaften des hier untergebrachten Bataillons der 160er veranstalteten eine Demonstrationsversammlung, um gegen die beabsichtigte Verlegung des 169. Regiments auf den Truppenübungsplatz Deutberg Stellung zu nehmen. Die Soldaten zogen dann mit roten Fahnen zum Rathaus, wo ihr Sprecher dem Protokoll gegen die Verlegung des Regiments Ausdruck verlieh und dabei bemerkte, zwischen Schönbuck und Deutberg sei kein Unterschied. Hierauf sprach Lt. „Preisg. Nachr.“ Bürgermeister Nehm zu den Soldaten und erklärte das ihm in den Mund gelegte Wort, er wolle lieber ein Regiment Franzosen, Engländer oder Schwarze in Emmendingen sehen als die 169er, für unvertretbar. Die Soldaten erklärten, sie wollten über die angelegte Äußerung des Bürgermeisters eine Untersuchung einleiten.

Kurze Nachrichten aus Baden.

B.C. Offenz, 21. März. Bürgermeister Müller teilte in einer Zuschrift an die „N. B. Landesztg.“ mit, daß die Milchkommission hier ihre monatlichen Aufnahmen ohne Schwierigkeiten macht und, daß die Milch nach wie vor abgeliefert wird. Die Umlegung der Eier und ihre Ablieferung ging ohne Widerstand und glatt von statten. Auch die Sicherstellung des Schlachtviehs machte keine Schwierigkeiten. Daß auf die Truppen, die zur Verhaftung der Rädelsführer beordert waren, geschossen wurde, ist unklar. Unklar ist es auch, daß von den Einwohnern mit Handgranaten geworfen wurde.

Aus der Landeshauptstadt.

* Der Verein Karlsruher Presse (Journalisten- und Schriftstellerverein) läßt für die auf Montag, den 24. ds. vorgesehene Begrüßungsfeier des Vereins zu Ehren seiner aus dem Felde heimgekehrten und aus dem Heeresdienst entlassenen Mitglieder eine besondere Einladung ergehen. Die Feier selbst, die im oberen Saale des „Friedrichshofes“ stattfindet, ist die erste größere Veranstaltung, mit welcher der Verein der Karlsruher Presse seit Winter 1914 vor den Kreis seiner Mitglieder und Freunde tritt. Sie beginnt nach neuerer Festsetzung pünktlich 6 Uhr abends mit dem Adagio aus der Beethoven'schen C-moll-Sonate für Klavier und Violine, gespielt von Herrn Prof. Dr. Denstein und Konzertmeister Peischer. Mozarts kleine deutsche Kantate (1791), gesungen von Carl Seydel, schließt sich an, die so eigenartig der Stimmung auch unserer Zeit gerecht wird. Es folgen Ansprachen des Vereinsvorsitzenden und des Herrn Ministers des Innern. Dann geschieht das Lament aus den „Meisterjüngern“, in der Fassung durch die Künstler unseres Landestheaters (die Damen Sajib und Brantig und die Herren Schöffel, Seydel und Wittner) den ernsteren Teil des Programms. Für das sich anschließende zwanglose Beisammensein sind außer weiteren Vorträgen der schon genannten Künstler noch solche von Hrn. Friedrich und Herrn Giesen in Aussicht gestellt. So dürfte, neben der allgemeinen Bedeutung der Feier, auch das reichhaltige Programm viel Anziehungskraft ausüben. Der Verein hat deshalb seinen Mitgliedern ein besonderes Einführungsrecht zubilligt.

Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpreise.

* Beim Bürgerausschuß wird durch den Stadtrat die Zustimmung zur Änderung verschiedener Bestimmungen der Gas-, Wasser- und Strom-Bezugs-Ordnung mit Wirkung vom 1. Mai d. J. beantragt. Darnach sollen die Preise für Gas, Strom und Wasser infolge erheblicher Steigerung der Erzeugung- und Förderkosten (Steigen der Kohlenpreise und der sonstigen Rohstoffe, der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter) wie folgt erhöht werden:

- a) für Leucht-, Koch- und Heizgas von 19 Pf. auf 30 Pf. für das Kubikmeter;
- b) für Gas, das mittels besonderer Leitung und besonderem Gasmesser für Gasmotoren verwendet wird, von 17 Pf. auf 28 Pf. für das Kubikmeter;
- c) für das durch Mängasmesser abgegebene Gas von 15 Pf. (wozu eine monatliche feste Gebühr von 1 Mark und bei einem Monatsverbrauch von mehr als 50 Kubikmeter für jeden diese Menge überschreitenden Kubikmeter 5 Pf. Zuschlag erhoben wurden) auf 30 Pf. (unter Wegfall der festen Gebühr und des Zuschlages für Mehrverbrauch); der Mietzins für das Leihen von Beleuchtungsgegenständen und Gaslochern soll von 10 Pf. auf 20 Pf. für den Monat hinaufgesetzt werden;
- d) für Strom zu Beleuchtungs-zwecken von 55 Pf. auf 65 Pf. für die Kilowattstunde;
- e) für Strom für Kraft- und sonstige Zwecke von 28 Pf. auf 35 Pf. für die Kilowattstunde;
- f) für Strom zur Treppebeleuchtung (mit Schattuhr) von 6,60 M. auf 8,40 M. für jede Glühlampe bis 20 Watt (die Rate für Stellung, Unterhaltung und Bedienung der Schattuhr von jährlich 12 Mark auf 15 Mark);
- g) für jeden durch Wasserzähler abgelesenen Kubikmeter Wasser von 10 Pf. auf 15 Pf.

sch. Generalversammlung des Lebensbedürfnisvereins. In der Saale der Eintracht fand gestern abend die ordentliche Generalversammlung des Lebensbedürfnisvereins statt. Nach einem Bericht des Aufsichtsrates, Oberrechnungsrat Kirch, erstattete der Direktor Herr Raucher den Geschäftsbericht und gab zu den einzelnen Konten die nötigen Erläuterungen. Der Reingewinn beträgt 407 454,38 M. Der Reservefonds wurde von 120 000 M. auf 160 000 M. erhöht. Die Gewinnverteilung wurde festgesetzt: 5 Proz. Zinsen auf Geschäftsguthaben, 6 Proz. Dividende auf den Markenumsatz. Außerdem wurden dem Dispositionsfond 10 000 M., dem Erneuerungsfond 10 000 M., dem Kraftwagenkonto 20 000 M. und dem Unterstützungsfond 332,89 M., zusammen 407 454,38 M. zugewiesen. An den Geschäftsbericht schloß sich eine Diskussion. Es folgte nun die Erneuerungswahl in den Ausschüßrat. Außer dem Wahlvorschlages des Verwaltungsrates war ein zweiter Wahlvorschlages seitens des Gewerkschaftsartells eingebracht, der von dem Arbeitersekretär Herrn Krull begründet wurde. Von den 6 Kandidaten gehören 3 dem Gewerkschaftsartell an und die 3 anderen Vorgesetzten Beamtenvertretungen. Aus der Urne ging der Vorschlag des Gewerkschaftsartells hervor und wurden demnach gewählt: Karl Böhringer, städt. Kanzeleassistent, August Biffe, Gewerkschaftsbeamter, Friedrich Stoll, Sattler, Hermann Wang, Oberpostsekretär, Heinrich Mehger, Kanzeleassistent und Hans Krull, Arbeitersekretär.

Privat Pädagogium Karlsruhe

fährt bis Abitur (auch Mädchen) jeder Mittelschule.— Dürftige Kriegerwaisen schulgeschul.— Empfohlen im Prospekt.— Wiedl, Besitzer (1892/07) Mitvorstand an Institut Fecht.—

Badisches Landestheater.
Im Konzerthaus!

Sonntag, den 23. März 1919
Sondervorstellung zu ermäßigten Preisen.
„Als ich noch im Flügelkleide“
nachmittags 2 Uhr.
Sondervorstellung
„Liebe im Schnee“
7-9-10 Uhr.
Montag, 24. (No. 26) „Schwanenweiß“, 7-9-10 (4.30 M.). — Dienstag, 25. (Die 25) „Häsel u. Gretel“ 7-9 (4.80). — Mittwoch, 26. Sondervorstellung, „Alte Heideberg“, 7-9-10 (3.80 M.). — Donnerstag, 27. (No. 26) „Maria“, 7-9-10 (4.80 M.). — Freitag, 28. (No. 26) „Marie“, 7-9-10 (4.80 M.). — Samstag, 29. (Sa. 24) „Salome“, 7-9-10 (7.30 M.). — Sonntag, 30. nachmittags 2 Uhr Sondervorstellung zu ermäßigten Preisen. „Das Konzert.“ 2-4 (70 Pf. bis 3.20). Abends 7-9 Uhr. Sondervorstellung, „Garmen.“ 7-9-10 (7.30). — Montag, 31. (No. 27) „Häsel und Gretel.“ 7-9 (4.80). — In der Festhalle: Mittwoch, 26. 7-9 Uhr. Vollständiges Sinfonie-Konzert. 1. Ouverture zu Euryanthe von Weber. 2. a. Cavatine aus Ferges von Handel. b. Arie aus Alceste (Fcl. Sotth) von Gluck. 3. a. Trauermarsch in es-moll und b. Marsch in h-moll (orchestriert von Fr. Liszt) von Schubert. 4. Einleitung zum 5. Akt und Gebet aus Niemi (Herr Schöffel) von Wagner. 5. Fünfte Sinfonie in c-moll von Beethoven. (1., 1.50, 2.- M.). — Die Vorverkaufsstelle im Landestheater ist wieder von 9-11 Uhr vormittags und 1/4-5 Uhr nachmittags geöffnet.

Alttertümer:
Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 229. Tel. 1154.

Günstige Papierkaufgelegenheit für Beamten.
Wir liefern solange Vorrat reicht: **Kanzlei bezw. Konzeptpapier, Normal 3a und 4a, gemischt, garantiert holzfrei, 11. Wahl, 1000 Bg. = 27.- M., 1000 St. halbe Bg. = 14.- M., 1000 St. 1/2, Stanzblätter = 7.50 M.** G. 192
G. Knapp & Cie., Papierwarenfabrik, Pfullingen (Wtbg.)

Empfehle mich zum Ankauf von Offiziersuniformen, Wäsche, Schmucksachen aller Art
F 936 usw. Gest. Angebote erbitte
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Telephon 3747.

Freiwilligen-Batterie
F. M. N. 66
in Freiburg-Littenweiler
braucht noch
Kanoniere — Fahrer
Telefonisten
zu den bekannten Bedingungen des Badischen Volkheeres.
v. Kutzleben,
Hauptmann und Batterieführer.

Verlängerung des Endtermins zum Umtausch von Entlassungsanzügen.
Der auf den 15. 3. 1919 festgesetzte Endtermin zur Geltendmachung der Ansprüche zum Umtausch oder Empfang von Entlassungsanzügen wird für alle Unteroffiziere und Mannschaften, die vom 9. 11. 1918 bis 1. 4. 1919 zur Entlassung kamen bezw. noch entlassen werden bis zum 1. 5. 1919 verlängert.
Für nach dem 1. 4. 1919 zur Entlassung kommende gilt die festgesetzte Frist von jeweils einem Monat, beginnend am Tage nach der Entlassung.
Es wird noch darauf hingewiesen, daß der Entlassungsantrag nur den Unteroffizieren und Mannschaften zusteht, die schon vor dem 9. 11. 1918 eingestellt waren. Freiwilligen, die bei ihrer Entlassung aus der Armee schon einmal einen Entlassungsantrag erhalten haben, wird bei ihrem Ausscheiden ein solcher nur dann wieder betraffet, wenn sie den Entlassungsantrag beim Dienstantritt zum Abschlagswert der Heeresverwaltung verkauft haben. Ausführungsbestimmungen zur Geltendmachung der Ansprüche erlassen die Bezirkskommandos; denselben ist im Interesse des geordneten Dienstbetriebes und der sachgemäßen Behandlung der Reklamationen zu entsprechen.
Der Chef des Generalstabes:
Föhrenbach, Oberstleutnant.
Landesausschuß der Soldatenräte Badens:
Matthes.

Metallwerk J. Goeggel & Sohn
Kupfer- und Messingwerke
München — Moosach
fertigt
Kupfer, Messing, Tombak, Aluminium
in Platten u. Blechen, Rund-, Vierkant- und Profil-Stangen, Preßteile
Kupferne Lokomotiv-Feuerbuchs-Platten
Kupfer- und nickelplattierte Eisenbleche.

Badische Kleider-Klinik
30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) Telephon 4120
Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.
Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosten Sitz ausgeführt. Prompte Bedienung. Billige Preise.
WOLF AMSTOWSKI. G 96

Alttertümer
in Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn usw. kauft zu hohen Preisen
An- u. Verkaufsgeschäft
Neukam,
Lammstr. 6 im Hof, Tel. 3546

Der Reichsausschuß für Dele und Fette, Berlin,
schließt
Anbauverträge für Sommerfrüchte.
Für Sommerrüben, Leinbotten, Mohr und Senf werden außer den lohnenden Abnahmepreisen Flächenzulagen für Senf außerdem eine Druschprämie gewährt. Der Bezug von Kunstdünger für die Anbauer wird vermittelt. Im Freistaate Baden kann je nach der Gegend der Anbau sowohl von Rüben und Mohr, als auch von Dotter und Senf empfohlen werden.
Näheres über Abschluß der Anbauverträge und Bezug von Saatgut durch den unterzeichneten Kommissionsär des Reichsausschusses: G 136

Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen
(Körperschaftsrechte)
Abteilung Ösaaten, Karlsruhe.
Aufforderung.
Erhaltung von Begräbnisplätzen.
Auf dem hiesigen neuen Friedhofe sollen die Begräbnisplätze, welche vom Jahre 1888 bis einschließlich 1898 mit Erwachsenen und vom Jahre 1897 bis einschließlich 1903 mit Kindern belegt worden sind, umgraben werden.
Etwasige Hinterbliebene werden daher aufgefordert, soweit eine Verlängerung der Umgrabungszeit nicht bereits erfolgt ist, diese bis spätestens **1. Mai d. J.** dahier zu beantragen, oder die auf fraglichen Gräbern etwa noch befindlichen Grabdenkmäler zu entfernen, andernfalls dieselben von der Stadtgemeinde beseitigt und gemäß § 28 der Friedhofordnung zu Gunsten der Friedhofkasse verwertet werden.
Die Umgrabungszeit beträgt 20 Jahre für Erwachsene und 15 Jahre für Kinder. Die Verlängerungstagen hierfür ist für 1 Grab auf 25 M. festgesetzt.
Karlsruhe, den 11. März 1919. G 225
Der Gemeinderat: Renner, Buder.

4% Anleihe der Schiff- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania“ jetzt Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniawerft in Kiel-Gaarden.
Die am **1. April 1919** fälligen Zinsscheine dieser Anleihe werden vom Fälligkeitstage ab eingelöst: in Kiel bei der **Hauptkasse von Fried. Krupp Aktiengesellschaft, Germaniawerft,**
„Essen“ „ **Hauptkasse von Fried. Krupp Aktiengesellschaft, Essener Credit-Anstalt,**
„ „ „ **Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Essen,**
„ Berlin „ **Dresdner Bank,**
„ „ „ **Berliner Handelsgesellschaft,**
„ „ „ **Deutschen Bank,**
„ „ „ **Direction der Disconto-Gesellschaft, dem Bankhause Delbrück Schickler & Co.,**
„ Köln „ **Deichmann & Co.,**
„ „ „ **der Dresdner Bank in Köln,**
„ **Frankfurt a. M. bei der Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,**
„ „ „ **Deutschen Bank Filiale Frankfurt a. M.,**
„ „ „ **Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Frankfurt a. M.**

Biersteuer.
Am **1. April 1919** tritt das Gesetz über die Biersteuer vom 5. Oktober 1918 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 365 u. ff.) in Kraft. Danach unterliegt Bier, das sich am 1. April 1919 im Besitz und Gewahrsam von Wirten (auch Brauereien mit eigenem Ausschank, Konsumvereinen, Kantinen, Kafinos, Logen und ähnlichen Vereinigungen) oder Bierhändlern (auch Brauereien mit Biervorräten, die außerhalb der anmeldepflichtigen Brauereiräume lagern) befindet, der Nachsteuer, soweit der Gesamtbiervorrat einschließlich der unterwegs befindlichen Biermengen an diesem Tage mehr als zwei Hektoliter beträgt. G 304
Wirte und Bierhändler müssen die am 1. April in ihrem Besitz befindlichen nachsteuerpflichtigen Biervorräte bis zum 10. April 1919 und das am 1. April unterwegs befindliche Bier sofort nach seinem Eintreffen bei dem unterzeichneten Amt schriftlich in doppelter Ausfertigung anmelden. Die Anmeldung muß Zahl, Art und Raumgehalt der Versandgefäße, sowie die Biergattung (Einfachbier, Vollbier, Starkbier, § 4, Absatz 2 des Gesetzes) enthalten. Die Anmeldungen werden nachgeprüft. Ein Unterlassen der Anmeldung oder eine unrichtige Anmeldung ist strafbar.
Karlsruhe, den 20. März 1919.
Finanzamt.

Auslösung von Schuldverschreibungen betr.
Von den in den Jahren 1889, 1902 und 1909 ausgegebenen Inhaberpapieren der Stadt Karlsruhe wurden unter dem heutigen die nachverzeichneten Stücke ausgelöst:
Von dem 1889er Anlehen:
Lit. A Nr. 24, 31, 84, 121, 146, 182, 235.
" B " 21, 62, 74, 78, 96, 143, 235, 249, 268, 314, 317, 336.
" C " 15, 74, 77, 134, 140, 181, 190, 213.
" D " 135, 158, 166, 177, 205.
Von dem 1902er Anlehen:
Lit. A Nr. 73, 124, 135, 185, 378, 399, 427, 518, 537, 550, 588, 645, 699.
" B " 801, 894, 921, 934, 1069, 1087, 1162, 1211, 1234, 1236, 1321, 1325.
" C " 1416, 1521, 1592, 1636, 1664, 1685, 1733, 1741, 1930, 1977.
" D " 2003, 2076, 2079, 2177, 2188, 2265, 2338, 2446, 2496.
Von dem 1909er Anlehen:
Lit. A Nr. 7, 51, 91.
" B " 233, 295, 366, 392, 479, 577, 697.
" C " 712, 742.
" D " 862, 852, 954, 955.
Die Heimzahlung der ausgelösten Schuldverschreibung vom Jahre 1889 und 1902 erfolgt am 1. Oktober 1919, die vom Jahre 1909 auf 1. November 1919. Die Stadt Karlsruhe, den Bankhäusern Mitteldeutsche C. Bank Frankfurt, Filiale Frankfurt a. M., Bank von Burger in Karlsruhe, Rheinische Kreditbank in Mannheim und deren Filialen, Mannheimer Bank, Aktiengesellschaft in Mannheim, Süddeutsche Diskontogesellschaft A.-G. in Mannheim und Filialen, F. Rodenburg in Frankfurt a. M., der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt und deren Filialen, der Badischen Vereinsbank in Stuttgart und deren Filialen, A. Spiegelberg in Hannover gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen samt den unverfallenen Zinsscheinen und den Erneuerungsscheinen.
Mit dem 1. Oktober 1919 bezw. 1. November 1919 hört die Verzinsung auf.
Karlsruhe, den 20. März 1919.
Der Stadtrat: Dr. Alfelig, Bisel.

Brennholz
Buchen u. Eichen, 3 Streden der Kohlen, Forlen, Zannen Anfeuerholz, amlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Fenner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle: **Serwigstraße 53**
Fr. Kempermann
Telephon 5206
Brennholzhandlung, Spalterei und Händelholzfabrik
Galtstraße des elektrischen Bahns am Schladhof.

Steuerfachmann
mit der gesamten Steuer-gesetzgebung gründlich vertraut, zur Ausübung der gemeinsamen Praxis von bestgeeigneter, ver-eidigter kaufm. Sachver-ständigen gesucht.
Anerbieten unt. G. 224 an d. Exped. d. Karls. Ztg. erbeten. Diskretion zu-gesichert.

Stoffenstrauch
sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter G. 221 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.
Wir suchen verkäuf. Häuser
an belieh. Plätzen, mit und ohn. Geschäft, beabs. Unterbreitung an vorbemerkte Käufer. Besuch durch uns kostenlos. Nur Angebote von Selbstgeigentüm. erwünscht an den Verlag der **Vermiet- u. Verkaufszentrale** Frankfurt a. M., Hanfhaus

Aus der Wilhelm Konrad Stützung sind 500 M. zu Baden Baden freier Kinder armer unbefähigter Witwen von badischen Staats-angestellten, vorzugsweise aus Karlsruhe, verfügbar. Gesuche sind unter Anschluß eines gemeindeärztlichen Ver-düchtigungs- und Zeug-nisbescheinigung und eines ärztl. Zeugnisses über Notwendigkeit, Art und Dauer der Kur bis **1. Mai d. J.** bei uns einzureichen.
Karlsruhe, 20. März 1919.
Verwaltungshof.

Öffentliche Vergebung von Installationsarbeiten.
Nach Finanzministerial-Verordnung vom 3. 1. 1907 für 6 Krankenhäuser der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstantz. Z 290.3.1
Bedingungen und Ange-botsborbude werden vom **24. März bis 12. April** bei der Bezirksbauinspek-tion Zimmer 1 abgegeben.
Angebote verschlossen, post-frei mit genauer Aufschrift bis längstens **14. April**, morgens **9 Uhr**, an die In-spek-tion, Schillerstraße 9, Zuzschlagsfrist 3 Wochen.
Konstantz, 20. März 1919.
Bezirksbauinspek-tion.

Öffentliche Veräußerung gegen Barzahlung: Fund-sachen vom 4. Vierteljahr 1918 und unbestellbare Frachtgüter, darunter Pelze, Fahrräder, Geigen, Violinen, 1 Ziehharmonika, 2 Filme für Kino, 2 Pettröle, 1 Stridmaschine, 20 neu und Herrenuhren, 1 W. Iken-nadel, 1 Scheringe, 1 W. Iken-nadel am Donnerstag, den **27. März** und Freitag, den **28. März** 1. J. jeweils vor-mittags **8 Uhr** und nachmittags **2 Uhr** beginnend in dem Versteigerungsraum Karlsru-hauptbahnhof (Wagabahn-eingang). Die beson-ders genannten Gegenstände werden am **27. März** von **9 Uhr** vormittags an aus-gegeben. Z. 305.2.1.
Karlsruhe, 21. März 1919.
Nachungsbureau der Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Eisenbeton- und Mauerarbeiten zur Herstellung eines Treppenaufganges durch das südliche Wider-lager der Weierwegunter-führung 1130 cbm Aus-hub, 19 cbm Mauerwerks-abbruch, 60 cbm Eisenbeton, 0,62 cbm Abdeck-platten, 2 cbm Bruchsteinge-wölbe, 16 cbm Asphalt-füllabdeckung) nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öf-fentlich zu vergeben. Be-dingnisfest und Zeichnung bei der Bauinspek-tion i Karlsruhe zur Einsicht, daselbst auch Abgabe der Angebotsborbude. Klein-Verband auswärts. Ange-bote verschlossen und post-frei bis zum Eröffnungs-zeitpunkt Mittwoh, den **26. d. Mts.**, vormittags **10 Uhr**, bei uns einzureichen. Zu-schlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, 16. März 1919.
Bauinspek-tion 4